



10.03.2022

Nicht-humanitäre Katastrophe rollt auf die deutschen Tierheime zu Der Staat muss dringend präventiv handeln

Der Krieg in der Ukraine sorgt für eine humanitäre Katastrophe, wie sie Europa seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Zugleich rollt aber auch eine nicht-humanitäre Katastrophe aus uns zu, die die deutschen Tierheime überfordern wird, wenn der Staat nicht handelt. Immer mehr Flüchtlinge kommen mit ihren Tieren nach Deutschland. Die Flüchtlingsunterkünfte verbieten aber Tierhaltung. Das führt dazu, dass Tiere in den örtlichen Tierheimen untergebracht werden sollen. Das bringt die ersten Tierheime in Not und sorgt bei den geflüchteten Familien, aber auch bei den Tieren für weiteres Leid durch die Trennung.

In den Tierheimen gibt es nicht genügend Aufnahmekapazitäten, zumal einige der Tiere zuerst in Quarantäne gehen müssen. Zudem sorgt die Betreuung der Tiere für Zusatzkosten, die bisher nicht ausreichend bis gar nicht durch die Kommunen erstattet werden. Darüber hinaus spüren die Tierheime die gestiegenen Kosten, etwa für Futter oder Heizung. Es ist zu befürchten, dass die Infrastruktur des praktischen Tierschutzes zusammenbricht, wenn nicht rasch gehandelt wird.

Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr Tiere, die keiner Privatperson zuzuordnen sind, an der Grenze der Ukraine auf Rettung warten. Diese Tiere mussten zum Teil zurückgelassen werden, weil die Ausnahme für das erleichterte Verbringen von Tieren aus der Ukraine in die EU lediglich für private Transporte gilt und hier nur maximal fünf Tiere mitgenommen werden dürfen. Das Leid dieser Tiere wächst täglich, das gilt auch für die noch in der Ukraine befindlichen Tiere.

Die Tierschutzvereine und Tierheime wollen helfen: den Menschen und den Tieren. Daran besteht kein Zweifel. Wir fordern dafür aber massive Unterstützung durch Kommunen, Länder und den Bund.

Der Deutsche Tierschutzbund und seine Landesverbände und Mitgliedsvereine fordern die Kommunen und die politische Verantwortlichen zur sofortigen Umsetzung eines 7-Punkte-Maßnahmenkataloges auf:

- In den Flüchtlingsunterkünften muss die Haltung von verträglichen Tieren, deren Gesundheitsstatus von einem Tierarzt überprüft wurde, sofort zugelassen werden.
- Die vorgeschriebenen Tollwutquarantäne sollte bundesweit mit tierärztlicher Beratung auch in Privathaushalten ermöglicht werden.

- Für die Tiere, die vorübergehend in die Obhut eines Tierheimes gegeben werden, muss die zuständige Kommune eine Erstattung der Kosten zusagen.
- Entstehende Tierarztkosten (z. B. Laborkosten für die Bestimmung der Tollwut-Antikörper-Titer oder Materialkosten für das Setzen eines Mikrochips) müssen geregelt sein und behördlich übernommen werden.
- Kommunen und Länder müssen umgehend zusätzliche Quarantäneunterbringungen schaffen oder dafür sorgen, dass vorhandene, aber bislang nicht zugelassene Unterbringungsmöglichkeiten entsprechend umstrukturiert werden.
- In der Europäischen Union muss ein Sonderhilfstopf aufgesetzt werden, aus dem Tierrettungen insbesondere entlang der Grenze finanziert werden.
- Auch Tierschutztransporte von Tieren aus der Ukraine und private Transporte von mehr als fünf Tieren sollten unter die Einfuhr-Ausnahmeregelung fallen. Notfalls müsste vorausgesetzt werden, dass vor der Einreise das Ziel und die Unterbringung der Tiere geklärt sind.

Angesichts des Leids, das der von Wladimir Putin begonnene Krieg bedeutet, brauchen wir sofortige und unkomplizierte Lösungen, bei denen der Schutz von Menschen und Tieren im Vordergrund steht.

Sehr geehrte Bürgermeister*innen,
sehr geehrte Landrät*innen,
sehr geehrte Ministerpräsident*innen,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir wollen helfen. Aber um helfen zu können brauchen wir Ihre Hilfe. Den Tierheimen wurden in der Vergangenheit immer wieder zusätzliche Aufgaben aufgelastet, ohne dass dafür eine kostendeckende Erstattung erfolgt ist. Angesichts dieser auf uns zurollenden Hilfswelle sind wir an unseren Grenzen angekommen.

Wir lassen die Menschen nicht alleine, aber genauso wenig die Tiere. Und wir danken den vielen Tierfreund*innen in Deutschland von Herzen, die bereits mit Spenden helfen. Das berührt uns sehr und wir wissen, dass sie auch weiterhin für uns und die uns angeschlossenen Tierheime da sind. Das macht Mut. Aber das alleine wird nicht reichen.

Deutscher Tierschutzbund e.V.
Landestierschutzverband Baden-Württemberg e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landesverband Bayern e.V.
Landesverband Berlin des Deutschen Tierschutzbundes e.V.
Landestierschutzverband Brandenburg e.V. im Deutschen Tierschutzbund e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landesverband Bremen e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landesverband Hamburg e.V.
Landestierschutzverband Hessen e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landestierschutzverband Niedersachsen e.V.
Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Deutscher Tierschutzbund Landesverband Saarland e.V.
Landestierschutzverband Sachsen e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein
e.V.
Deutscher Tierschutzbund Landestierschutzverband Thüringen
e.V.

Ergänzt werden hier: Logos der LVs und des Dachverbands